

GZ: BMBWF-360.006/0002-V/5/2018

**ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT**

**14/4.1**

Betreff: Informelles Treffen der für den Rat Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Ministerinnen und Minister (Forschungsteil) am 2. Februar 2018 in Sofia

**Vortrag an den Ministerrat**

Am **2. Februar 2018** fand in Sofia ein **informelles Treffen der für den Rat Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Ministerinnen und Minister** (Forschungsteil) statt. Österreich wurde durch **HBM Dr. Heinz Faßmann** vertreten.

Die bulgarische Präsidentschaft stellte die Ratstagung unter das **Motto „The future of R&I in Europe“**. In seiner Einleitung betonte der bulgarische Minister für Bildung und Wissenschaft **Krasimir Valchev**, dass es eine Priorität der bulgarischen Präsidentschaft im Bereich Forschung und Innovation sei, die Themen Wissenstransfer und Humanressourcen bzw. die Qualifizierung von Forschenden unter dem Aspekt zu beleuchten, dass das F&I-System sich neuen Anforderungen stellen müsse (unter anderem soziale und wirtschaftliche Entwicklungen, Anforderungen des Arbeitsmarkts an junge Akademikerinnen und Akademiker, Big Data). Zudem wolle man angesichts der weiterhin bestehenden Innovationslücke diskutieren, wie man in der gesamten EU bestmöglichen Nutzen aus EU-Forschungsförderung ziehen könne.

**Carlos Moedas**, Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation, unterstrich, dass man mit einem systematischen und interdisziplinären Ansatz dafür Sorge tragen solle, dass die Forschenden der Zukunft die notwendigen Fähigkeiten für das unternehmerische Umfeld erlernen. Nur so könne man den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen vorantreiben und letztlich auch den Impact von Forschung steigern. Auch der Kommissar betonte die sich rasant verändernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen, künftige Generationen

müssten dafür anders lernen als frühere (Bsp. Digitalisierung, Big Data). Er wies auf ähnliche Stellungnahmen der beiden Staatschefs Macron und Merkel hin, er sehe sich bestärkt in seinem Vorhaben, mit dem künftigen Europäischen Innovationsrat (EIC) gezielte Maßnahmen für individuelle Innovatoren zu schaffen.

Nach zwei Präsentationen (durch eine Vertreterin der hochrangigen Gruppe von Innovatoren zum künftigen EIC und den Präsidenten des Europäischen Forschungsrats ERC) fanden **zwei parallele Gesprächsrunden** statt. Die Zuteilung, welches Land an welcher Runde teilnehmen werde, hatte der Vorsitz vorab vorgenommen. **HBM Faßmann** nahm an der **Diskussion über Humanressourcen** teil. Sämtliche Mitgliedstaaten, die sich zu Wort meldeten, betonten die Bedeutung des Faktors Humankapital. Es sei zentral, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie zu forcieren und die Studierenden bzw. die jungen Forschenden auf die Anforderungen der Privatwirtschaft im späteren Arbeitsleben vorzubereiten. Dafür sollte man spätestens bei den Doktoratsprogrammen ansetzen; zahlreiche Delegationen betonten die Notwendigkeit, intersektorale Mobilität zu stärken. Einige Länder unterstützten in diesem Sinne das Konzept der „industrial PhDs“. Mehrmals Unterstützung gab es für die Forcierung von Synergien zwischen dem Europäischen Forschungsraum und dem Europäischen Hochschulraum sowie zwischen relevanten EU-Programmen wie Horizon 2020, Erasmus+ und den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds ESIF.

**HBM Faßmann** schloss sich mehreren Wortmeldungen an: Man müsse die Studierenden auf den Wandel gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen vorbereiten, sodass sie im Verlauf ihrer Karrieren auf die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt flexibel reagieren können. Die wachsende Anzahl an Studierenden könne später nicht im akademischen Umfeld arbeiten, daher sei es wichtig, sie auf den Wechsel in den Privatsektor vorzubereiten. HBM Faßmann unterstützte den Wunsch von Portugal, verlässliche Daten zu Migrationsströmen von Forschenden zu eruieren. Die Wanderbewegungen von Süd nach Nord, von Ost nach West und vom Westen weiter bis in die USA oder nach Kanada seien eine Tatsache, man müsse analysieren, welche Rahmenbedingungen die Attraktivität dieser Systeme ausmachten (zum Beispiel schrittweise Karriereentwicklung hin zu unabhängiger Forschungsarbeit, niedrigere Hierarchien). Mit Geld allein könne man diese Problematik nicht lösen. Die Plattform EURAXESS sei ein wesentliches Instrument zur

Unterstützung der Mobilität von Forschenden, dieses Instrument solle aber evaluiert werden, weil man die konkrete Wirkung der Plattform nicht kenne. Insbesondere sei unklar, wie viele Forschende tatsächlich über diese Plattform einen Job finden oder ob Netzwerke der einzelnen Disziplinen für die Stellensuche bedeutsamer sind. Abschließend begrüßte HBM Faßmann die Initiative von Frankreich zur Gründung von Europäischen Universitäten. Die Idee sei ansprechend, aber es fehle noch an präzisen Informationen, auf Basis derer man mit der Entwicklung beginnen könne. Frankreich verwies auf die Bologna-Konferenz, die im Mai 2018 in Paris stattfinden solle.

Auch im anderen **Panel zum Thema Innovation** wurde die Bedeutung der Humanressourcen unterstrichen. Investitionen in Ausbildung und Talente seien die Basis für Innovationen. Die Rolle der gesetzlichen Regulierungen sei ein bestimmender Faktor, es sollte ein kritischer Blick auf Regulative geworfen werden, um jene zu identifizieren, die hinderlich für Innovation seien. Ein weiterer Schritt könnte es sein, die komplementäre Nutzung von verschiedenen Instrumenten zuzulassen. Die Vorhaben für den EIC, dessen „bottom-up“-Ausrichtung sowie die Empfehlungen der hochrangigen Beratergruppe fanden breite Unterstützung. Betont wurde die Notwendigkeit, nicht nur Start-ups zu fördern, sondern auch innovative Kapazitäten bestehender Unternehmen. Die meisten Mitgliedstaaten strichen heraus, dass nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte zu beachten seien, sondern auch Rechtsstaatlichkeit, insbesondere hinsichtlich der Kontrolle von Daten, die eine große Rolle im Verhältnis zu China spiele, während Europa sein hohes Datenschutzniveau aufrechtzuerhalten habe.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie stelle ich somit den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 12. April 2018  
Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann